

Die Genossen und ihr „Stein der Weisen“?

In die „Steinzeit des politischen Diskurses“ fühlt sich Salzburgs FPÖ-Landesobfrau Marlene Svazek durch die „Pflasterstein und Grablicht“-Argumentation Salzburger Gewerkschafter versetzt: Für sie das Ergebnis einer orientierungslos agierenden roten Parlamentsfraktion.

S. 13



Foto: FPÖ Salzburg

„EU kann nicht die ganze Welt retten!“

Innenminister will „Magnetwirkung“ Europas zu illegaler Einwanderung abstellen [S. 2/3](#)



Rote „Diskussionsinhalte“: Pflasterstein und Grablicht

Klassenkampf-Phantasien von SPÖ und ÖGB kippen in Gewaltandrohungen – [S. 4/5](#)

PARLAMENT

Moralisch verpflichtet

Die FPÖ setzt die Nachbesserung des Heimopferrentengesetzes durch. Die Erweiterung des Opferkreises ist ein weiterer Schritt im Aufarbeitungsprozess zu Missbrauch von Menschen in Kranken-, Psychiatrie- und Heilanstalten Österreichs.

[S. 6](#)

AUSSENPOLITIK

Junckers Spott

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker spottete über die Absicht der Bundesregierung, die Wende in der Asylpolitik auf den Weg bringen zu wollen. Der Frontex-Chef mahnt hingegen zur Eile, weil der Migrantenstrom wieder anschwillt.

[S. 8/9](#)

WIEN

Außen hui, innen pfui

Bei der Besichtigung des Krankenhauses Nord durch die Untersuchungskommission sah FPÖ-Gesundheitssprecher Wolfgang Seidl alle Befürchtungen bestätigt: Die Dauerbaustelle wird den Wienern noch lange Zeit als solche erhalten bleiben.

[S. 11](#)

MEDIEN

Die Moral des „Kurier“

In den sozialen Medien wäre die Aussage „Matteo Salvini: Ein Rassist außer Rand und Band“ wohl schnell der „Hasspredigt-Zensur“ zum Opfer gefallen. Aber die Tageszeitung „Kurier“ hält das aus gutmenschlicher Moralüberlegenheit für gerechtfertigt.

[S. 14](#)



AUS DER
REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

„Außer Rand und Band“ ist wohl die treffendste Bezeichnung für den Zustand der SPÖ und ihres vorgelagerten Argumentations-Notstandsgebietes ÖGB.

Was in den letzten Wochen an Falschmeldungen über die Arbeitszeitflexibilisierung hinausposaunt wurde, gibt Auskunft darüber, wie weit sich der Verein von der wirklichen Welt der arbeitenden Menschen entfernt hat.

Urlaubsreif

Die „Pflasterstein-Grablicht“-Aktion war dann der letzte, unappetitliche Ausfluss der Wiederbelebung des Klassenkampfes durch die Slim-Fit-Proletariergruppe um Christian Kern.

Es ist nur zu befürchten, dass Flachdenker des schwarz gekleideten „antifaschistischen Widerstandes“ diesen Anstoß bei nächster Demonstrationsgelegenheit dankend aufnehmen werden. Zumal sich SPÖ und vor allem der ÖGB von der Aktion nicht einmal anständig distanzieren haben.

Stattdessen treibt die SPÖ bereits die nächste (Märchen-)Sau durchs mediale Dorf. Die Regierung wolle die fünfte Urlaubswoche und sogar den Kündigungsschutz für Mütter streichen, posaunte der SPÖ-Bundesgeschäftsführer in einem faktenbefreien Pamphlet hinaus.

Weil das „profil“ in einem Papier von Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer, das übererfüllte EU-Vorgaben auflistete, diese zwei Worte entdeckt hat, verschwörungstheoretisierte Genosse Max Lercher gleich den „nächsten Anschlag“ auf die Arbeitnehmer herbei.

Zum Glück ist jetzt Urlaubszeit. Liebe Genossen, nehmt bitte alle fünf Wochen auf einmal. Ihr braucht's die wirklich dringend.

Kickl will effektivere Rückfö

Österreich schlägt auf Basis bestehender EU-Richtlinien die Einrichtung

Beim Treffen der EU-Innenminister am kommenden Donnerstag in Innsbruck stehen Maßnahmen gegen die illegale Einwanderung auf der Tagesordnung. Das betrifft, so FPÖ-Innenminister Herbert Kickl, den Außengrenzschutz, die Einrichtung von Rückkehrzentren in Drittstaaten und verstärkte Polizeikooperationen gegen Schlepper.

Der Innenminister will sich bei dem informellen Treffen für eine effektivere Rückführungspolitik in der Europäischen Union einsetzen, etwa durch die Einführung sogenannter Rückführungszentren. Ein entsprechender Vorschlag wurde bereits am Montag in Brüssel im Strategischen Ausschuss für Einwanderung, Grenzen und Asyl (SCIFA) erörtert.

„Es geht hier um die Durchsetzung rechtsstaatlicher Entscheidungen. Es muss einen Unterschied geben zwischen einem positiven Asylbescheid und einem negativen Asylbescheid, zwischen Personen, die einen Aufenthaltsstatus haben und jenen, die sich illegal in Österreich aufhalten“, betonte Kickl.

Augenmerk auf Rückführungen

Eine Verstärkung der Rückführung von illegal aufhältigen Migranten haben schon die EU-Staats- und Regierungschefs beim jüngsten EU-Gipfel in Brüssel in ihrer Schlusserklärung betont. Österreich habe nun auf Basis bestehender EU-Richtlinien die Einrichtung von Rückkehrzentren in Drittstaaten außerhalb der EU vorgeschlagen.

Es gehe dabei auch darum, die Magnetwirkung Europas für

Migration zu reduzieren. „Aus diesem Grund heraus ist es eigentlich logisch, dass man dann sagt, Asylansträge sollen nur noch von außerhalb der Europäischen Union gestellt werden können. Ich halte das für einen vernünftigen Ansatz, den wir weiterverfolgen werden“, erklärte Kickl.

Alles andere wäre eine Anreiz für Schlepper und Illegale, weiter auf den Boden der Europäischen Union zu gelangen, weil nach Stellen des Asylanspruchs die Wahrscheinlichkeit der Abschiebung nur noch sehr, sehr gering sei.

Zentren außerhalb der EU

Daher will der FPÖ-Innenminister auch die beim jüngsten EU-Gipfel vorgebrachten regionalen Ausschiffungsplattformen beziehungsweise Anlandezentren in Drittstaaten außerhalb der EU. „Ich glaube gar nicht, dass das keine Chance hat“, zeigte sich Kickl vorsichtig optimistisch. Die EU könne hier an vielen Schrauben drehen, um etwa nordafrikanische Staaten durch Anreize mit der Wirtschaftspolitik dafür zu gewinnen.

Unterstützung erhielt er dazu von Italiens Innenminister Matteo Salvini, der die Stärkung des Außengrenzschutzes und eine Neure-



Foto: Foto: Bundeskanzleramt

Mario Kunasek und Herbert Kickl wollen Politiker, die Verantwortung zu überne-

gelung der Flüchtlingsrettung im Mittelmeer vorantreiben will. Er hatte bereits angekündigt, künftig nicht nur privaten „Seenotrettern“, sondern auch Booten internationaler Missionen mit „geretteten Flüchtlingen“ das Anlegen in italienischen Häfen zu verbieten. „In Innsbruck wollen wir EU-Außengrenzen verteidigen. Wir hoffen, dass Europa endlich aufwacht“, mahnte Salvini.

Kickl forderte bei der Vorstellung des österreichischen Grenzschutzmodells, der Kooperation von Polizei und Militär, einen realistische-



SPITZE FEDER „Klassenkampf“ im roten Sommertheater.

IMPRESSUM Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz
 Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
 Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) –
 Die Freiheitlichen, Bundesparteileitung,
 Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
 Freiheitlicher Parlamentsklub,
 Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien
 Geschäftsführung: Ing. Mag. Joachim Stampfer
 Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
 Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
 Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9
 E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
 E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at
 Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29
 Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien
 Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
 Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
 Auslandsjahresbezug: € 73
 BIC: OPSKATWW
 IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
 Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
 Verlags- und Herstellungsort: Wien
 Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

Erhaltungsmaßnahmen

von Rückkehrzentren in Drittstaaten vor



...eine verstärkte europäische Kooperation: „Es ist unsere Aufgabe als ... und für einen effizienten EU-Außengrenzschutz zu sorgen.“

ren Ansatz in der Asylpolitik ein: „Es ist doch völlig unrealistisch, dass Europa für alle Flüchtlinge auf diesem Planeten zuständig sein soll, die tausende Kilometer von Europa entfernt sind.“

Österreichisches Modell

Daher haben an der Landesverteidigungsakademie internationale Experten die Möglichkeiten der zivil-militärischen Zusammenarbeit zur Bewältigung der Herausforderungen bei illegaler Migration erörtert. „Österreich kann auf eine langjährige Kooperation zwischen

dem Bundesheer und zivilen Organisationen im In- und Ausland verweisen und möchte diese Erfolgsgeschichte auf europäischer Ebene heben“, erklärte dazu Verteidigungsminister Mario Kunasek.

Die Bilder von 2015 an Österreichs Grenzen dürften sich nirgendwo in Europa mehr wiederholen. „Es ist unsere Aufgabe als Politiker, die Verantwortung zu übernehmen und für einen effizienten EU-Außengrenzschutz zu sorgen“, betonten die beiden FPÖ-Politiker – ganz im Sinne des Mottos „Ein Europa, das schützt“.

AUFSTEIGER



FPÖ-Generalsekretär **Harald Vilimsky**, der SPÖ und ÖGB aufforderte mit ihrer Hass- und Gewaltkampagne Schluss zu machen. Er appellierte an die Genossen, zur Vernunft und zum demokratischen Diskurs zurückzukehren.

ABSTEIGER



SPÖ-Bundesgeschäftsführer **Max Lercher**, der die Kritik an der „Pflasterstein-Grablicht“-Aktion zweier Gewerkschafter als „tatsachenbefreite Stimmungsmache“ abtat, und gleich die nächste Lüge vom „Urlaubsclau“ in die Welt setzte.

KURZ UND BÜNDIG



„Eurofighter“-U-Ausschuss

Vertreter aller fünf Parlamentsparteien haben vergangene Woche einstimmig einen Fahrplan für den „Eurofighter-Untersuchungsausschuss“ vereinbart und sich auf erste Auskunftspersonen geeinigt. Der Untersuchungsausschuss knüpft damit dort an, wo er 2017 – wegen der Neuwahl – aufgehört hat: bei den unzulässigen Zahlungsflüssen. Erster Sitzungstag ist der 6. September. „Damit stellen wir sicher, dass die Aufklärung rund um den Eurofighter-Kauf weitergeht“, erklärte FPÖ-Fraktionsführer Reinhard Bösch (Bild).

Strafe für „Unfall-Voyeure“

Mit der Novelle des Sicherheitspolizeigesetzes kann die Exekutive unbeteiligte Dritte von einem Unfallort wegweisen, wenn diese die Hilfeleistungen behindern oder von Unfallopfern Fotos machen. Wenn Schaulustige einen Rettungseinsatz behindern, kann das 500 Euro oder bis zu zwei Wochen Gefängnis kosten. „Mit dem Gesetz verbessern wir die Rahmenbedingungen für die Rettungskräfte, da bei Unfällen oft jede Sekunde zählt“, betonte der FPÖ-Nationalratsabgeordnete Christian Ries (Bild).



Armselige Selbstinszenierung

„Die Skandalisierungsversuche der Opposition im Zusammenhang mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung sind nicht mehr tragbar“, erklärte der FPÖ-Fraktionsvorsitzende des BVT-Untersuchungsausschusses, Hans-Jörg Jenewein (Bild), zu den Vorwürfen der Opposition bezüglich der neuen Sicherheitsmaßnahmen im BVT. Mit „Horror szenarien“ versuche man, Angst bei BVT-Beamten und der Bevölkerung zu schüren, allein um mediale Aufmerksamkeit zu erregen. „Diese Selbstdarstellung ist ein Armutzeugnis für jeden vom Volk gewählten Mandatar“, bedauerte Jenewein.



BILD DER WOCHE Zu Besuch bei Freunden: Deutschlands Innenminister Horst Seehofer traf HC Strache und Sebastian Kurz.

Was ändert sich ab 1. September wirklich:

Die Diskussion der vergangenen Tage hat für viel Verunsicherung und Falschinformationen gesorgt.

Um Klarheit und Sicherheit zu schaffen, wird die Arbeitszeitflexibilisierung mit 1. September 2018 in Kraft treten.

Die Wirklichkeit wird dann die Wahrheit zeigen, nämlich dass sich für die Masse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nichts ändert.

Wenn Arbeitnehmer wollen, können Sie mehr arbeiten und bei vollen Zuschlägen mehr Geld verdienen oder mehr Freizeitblöcke in Anspruch nehmen.

Wir wollen, dass unter dem neuen gesetzlichen Umfeld ungestört die Kollektivverhandlungen im Herbst beginnen können und die Gespräche der Sozialpartner auf Basis des neuen geltenden Arbeitszeitgesetzes und damit voller Rechtssicherheit geführt werden können.

Nachdem keine gesetzlichen Verpflichtungen zur Mehrarbeit im Gesetz festgeschrieben sind, bleibt der bisherige gesetzliche Acht-Stunden-Tag auch in Zukunft garantiert.

Eine Umstellung im Herbst und damit vor Beginn der Wintersaison erscheint gerade mit Rücksichtnahme auf den Tourismusbereich sinnvoller.

Hier die Fakten zum Thema Arbeitszeitflexibilisierung:

Es bleibt bei acht Stunden pro Tag und 40 Stunden in der Woche gesetzlicher Normalarbeitszeit.

Es können jedoch in Zukunft bis zu zwölf Stunden pro Tag gearbeitet werden. Freiwillig und mit vollen Zuschlägen oder mit Gleitzeit und einer Vier-Tage-Arbeitswoche und mehr Tagesfreizeitblöcken.

Ausnahmemöglichkeit von der Wochenend- und Feiertagsruhe maximal vier Mal im Jahr.

Es bleiben die Überstundenzuschläge.

Arbeitnehmer erhalten erstmals einen gesetzlichen Schutz und eine Rechtssicherheit, weitere Überstunden (11. und 12. Stunde) ohne Angabe von Gründen ablehnen zu können. Auch ein Kündigungsschutz ist gegeben. Weder der Unternehmer noch der Betriebsrat kann und soll über den Kopf des Arbeitnehmers entscheiden.

Alle Kollektivverträge und Betriebsratsvereinbarungen bleiben bestehen.

Es erfolgt kein Eingriff in bestehende Betriebsvereinbarungen, und es werden hinkünftig keine Betriebsvereinbarungen verhindert.

Zur Einhaltung der Durchrechnung der Maximalarbeitszeit werden geltende EU-Richtlinien herangezogen.

Die gesetzliche Festschreibung der Freiwilligkeit:

Art. 1 Z 81 § 7 Abs. 6

„(6) Es steht den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern frei, Überstunden nach § 7 und § 8 Abs. 1 und 2 ohne Angabe von Gründen abzulehnen, wenn durch diese Überstunden die Tagesarbeitszeit von zehn Stunden oder die Wochenarbeitszeit von 50 Stunden überschritten wird. Sie dürfen deswegen nicht benachteiligt werden, insbesondere hinsichtlich des Entgelts, der Aufstiegsmöglichkeiten und der Versetzung. Werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer deswegen gekündigt, können sie die Kündigung innerhalb einer Frist von zwei Wochen bei Gericht anfechten. § 105 Abs. 5 des Arbeitsverfassungsgesetzes (ArbVG), BGBl. Nr. 22/1974 gilt sinngemäß.“



Foto: flickr.com/SPÖ Presse und Kommunikation

Die SPÖ verschanzte sich in der Debatte zur Arbeitszeitflexibilisierung

Mit Taferln, Pflaster

In der Diskussion um die Arbeitszeitflexibilisierung

SPÖ und ÖGB setzten bei ihrer Kampagne gegen die Arbeitszeitflexibilisierung weniger auf Argumente als vielmehr auf Effekthascherei bis hin zu plumpen Gewaltandrohungen. FPÖ-Klubobmann Walter Rosenkranz zeigte sich davon wenig beeindruckt: „Am 1. September treten wir den Wahrheitsbeweis an, dass die Behauptungen von SPÖ und ÖGB falsch und erlogen sind!“

Der Beschluss der Arbeitszeitflexibilisierung ließ am vergangenen Donnerstag im Nationalrat die Emotionen hochgehen – insbesondere bei der SPÖ. Während die Genossen im Parlament mit „Verbots- taferln“ gegen die Ausweitung der Höchstarbeitszeit auf zwölf Stunden pro Tag und 60 Stunden pro Woche anwachten, griffen Gewerkschaftsvertreter in Salzburg zu handfesteren Argumenten: Sie platzierten Pflastersteine und Grablichter nicht nur vor Einrichtungen von ÖVP und FPÖ, sondern auch vor den Wohnungen von Abgeordneten der beiden Parteien.

Selbstinszenierte Unschuld

Die im Plenum vorgetragene Empörung und Proteste der Koalitionsparteien, die SPÖ und ÖGB hinter den skandalösen Morddrohungen vermuteten, wiesen SPÖ- und ÖGB-Vertreter „entrüstet“ zurück. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Max Lercher sprach gar von einer

„tatsachenbefreiten Stimmungsmache“ der Koalition.

Allerdings wurde diese Entzündung schnell als faule Ausrede enttarnt, als auf einem Überwachungsvideo zwei Mitarbeiter der Gewerkschaft „PRO-GE“ und „vida“ als Urheber der „Pflasterstein-Aktion“ zu erkennen waren und ein Chatverlauf belegte, dass die SPÖ-Gewerkschaftsjugend dahintersteckte.

Der Salzburger ÖGB-Landesvorsitzende Peter Eder bestritt auf Anfrage, dass es sich um eine „Aktion des ÖGB Salzburg“ gehandelt habe. Und außerdem könne er in der Aktion „keine Drohungsabsicht“ erkennen. Für ÖGB-Chef Wolfgang Katzian war es lediglich eine „Freizeitaktivität“ von Funktionären. Zumindest kündigte er an, werde mit diesen reden und „klarstellen: so geht das nicht!“

Mit Sachargumenten tat sich die SPÖ hingegen schwer. Deren Vorwurf des „Durchpeitschens“ ent-



Unter einem Verbotstaferl-Wald, um ihre Schauermärchen gegen das neue Gesetz aufrecht zu erhalten.



POLITIK
ANALYSIERT

Walter Rosenkranz
FPÖ-Klubobmann

In der Diskussion um die Arbeitszeitflexibilisierung hat sich der Argumentationsnotstand von Gewerkschaftsbund und SPÖ drastisch gezeigt. Man scheute nicht einmal mehr vor offenen Drohungen gegen ÖVP- und FPÖ-Mandatare mit Pflastersteinen und Grablichtern vor deren Adressen zurück. Der bisher absolute Tiefpunkt in der politischen Diskussion.

Wahrheitsbeweis

Die Arbeitswelt im 21. Jahrhundert sieht anders aus als es die Gewerkschafter wahrhaben wollen. Selbst SPÖ-Chef Christian Kern hat in seinem „Plan A“ das gefordert, was die beiden Regierungsparteien mit den Neos am vergangenen Donnerstag im Nationalrat beschlossen haben.

Wir wollten eine längere Begutachtung im Sozialausschuss ermöglichen. Es war schlicht und einfach die SPÖ, die das abgelehnt hat, um den „Skandal“ von der Begutachtungsverweigerung inszenieren zu können.

Es war zudem verwunderlich, dass sich ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian erst nach meiner ausdrücklichen Aufforderung am Donnerstag der parlamentarischen Diskussion gestellt hat. Es ist eben einfacher, mit Gerüchten und Falschmeldungen den Protest auf der Straße zu mobilisieren als sich den Regierungsparteien argumentativ im Nationalratsplenum zu stellen.

Aber das ist die politische Linie nicht nur des ÖGB, sondern der SPÖ insgesamt zu den Reformen der Bundesregierung: Fundamentalopposition jenseits der Fakten.

Ab dem 1. September, wenn das Gesetz in Kraft tritt, wird sich dann zeigen, dass die Panikmacherei der SPÖ zusammenfällt wie ein Kartenhaus.

Pflastersteinen und Grablichtern

Die SPÖ griffen inferiore Genossen sogar zu plumpen Morddrohungen

FPÖ-Klubobmann Walter Rosenkranz mit dem Hinweis, dass die SPÖ im Sozialausschuss eine längere Begutachtungsfrist und eine Sonderausschusssitzung abgelehnt habe: „Ihre Vorwürfe an die Bundesregierung sind falsch und erlogen!“

SPÖ für Fakten nicht zugänglich

Der Acht-Stunden-Tag, die 40-Stunden-Woche, die Überstundenzuschläge, die Kollektivverträge und Betriebsvereinbarungen werden durch das Gesetz nicht abgeschafft, wie die SPÖ und ÖGB behaupten würden, um die Bevöl-

kerung zu verunsichern, erklärte Rosenkranz.

Mit Humor wies FPÖ-Sozialministerin Beate Hartinger-Klein die Anschuldigungen der SPÖ gegen die Bundesregierung zurück, indem sie dazu Karl Marx zitierte. Dieser habe gesagt, „Freiheit ist ein Luxus, den sich nicht jedermann leisten kann. Mit der nun vorliegenden Arbeitszeit-Regelung ist diese Freiheit für jedermann und jederfrau möglich“, hob die Sozialministerin die Möglichkeit zur Konsumation von größeren Freizeit-Blöcken hervor.

Ein Volksbegehren zu beantragen, wie es SPÖ-Chef Christian

Kern ankündigte, stehe jedem offen, bemerkte Rosenkranz, der sich von der plötzlichen Wandlung der SPÖ hin zu einer Befürworterin der direkten Demokratie aber nicht überzeugt zeigte.

Im Regierungsübereinkommen haben ÖVP und FPÖ einen Modus für mehr direkte Demokratie zu Ende der Gesetzgebungsperiode vereinbart. In Richtung SPÖ und ÖGB fügte Rosenkranz hinzu, ob wirklich eine „Minderheit von Gewerkschaftsfunktionären“ vorgeben sollte, was in Österreich zu geschehen habe.

Ende der Bevormundung

Denn es gehe in der Gesetzesvorlage nicht darum, den Arbeitnehmerschutz zu verhindern, sondern die Arbeitszeit an die gewandelte Arbeitswelt anzupassen. „Es ist nicht das Hauptanliegen in der Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts, dass Arbeitnehmer nahezu Entmündigte oder zu Besachwaltete sind, die nicht selbst wissen, was für sie als Individuum gut ist“, bemerkte der FPÖ-Klubobmann in Richtung ÖGB. Betriebsräte müssten sich vom Berufsbild lösen, der Vormund für einzelne Arbeitnehmer zu sein – auch wenn das schwer falle.



ÖGB-Chef Katzian: Keine Entschuldigung für die Drohungen.



HOHES
HAUS

Norbert Nemeth
Klubdirektor der FPÖ

In der letzten Plenarwoche beschloss der Nationalrat überfällige Verschärfungen im Fremdenrecht und die nicht minder überfällige Arbeitszeitflexibilisierung. Vor allem Letztere führte zu heftigen Protesten von SPÖ, ÖGB und Arbeiterkammer.

Wehret den Anfängen!

Da und dort war die Rede von „Demokratiegefährdung“ und „Durchpeitschen“. Dabei wird sich für die Arbeitnehmer nichts zum Schlechten wenden. Der Zwölf-Stunden-Tag, in vielen Branchen schon Realität, wird auf freiwillige Basis gestellt. Ohne Zustimmung des Arbeitnehmers geht nichts. Der einzige Unterschied: Betriebsräte – und somit der ÖGB – verlieren ihr Entscheidungsmonopol.

Diesen Machtverlust scheint man nicht zu verkraften, also wurden Pflastersteine vor den Wohnungen einiger Abgeordneter von FPÖ und ÖVP deponiert – eine Gewaltandrohung. So berichtete ORF-online zuletzt im März über verummte Demonstranten, die ein Polizeiauto mit Pflastersteinen bewarfen. Die Täter werden übrigens im linken Milieu vermutet.

Vor diesem Hintergrund drängt sich die Frage auf: Wo sind die Entschuldigungen von SPÖ und ÖGB? Und warum wird medial nicht mit der gleichen Lautstärke nach einem Rücktritt an der ÖGB-Spitze gerufen, wie tagtäglich Fehlinformationen über die „60-Stunden-Woche“ geplärrt werden?

Die Arbeitszeitflexibilisierung wurde auch von den Neos mitbeschlossen. Somit stimmten drei Klubs, die gemeinsam über die Verfassungsmehrheit verfügen, zu. Vom Ende der Demokratie kann da wahrlich keine Rede sein.

PARLAMENTSBLANZ

Erste Bilanz unter Türkis-Blau

Die erste Tagung in der neuen XXVI. Gesetzgebungsperiode ging am 9. Juli 2018 zu Ende. 37 Mal ist der neue Nationalrat seit seiner Konstituierung vergangenen November zusammengetreten, gedauert haben die 184 Debatten genau 187 Stunden und 22 Minuten. 62 Gesetze hat er dabei beschlossen. 22,58 Prozent davon einstimmig, was einen leichten Rückgang gegenüber der letzten Tagung der rot-schwarzen Regierung (rund 35 Prozent) bedeutet.



BILDUNGSPOLITIK

Universitätsgesetz

Der Nationalrat beschloss in der Vorwoche Änderungen im Universitätsgesetz. Damit werden etwa „Fachordinationen“ geschaffen und Praktika der Zahnmedizin in das Studium integriert. Auch müssen die Universitäten künftig die Pensionsbeiträge für beamtete Universitätsangestellte übernehmen.

Heimopferrentengesetz endlich nachgebessert!

FPÖ: Es ist Verpflichtung des Staates, alle Opfer zu entschädigen

Die Erweiterung des Opferkreises ist ein weiterer Schritt im Aufarbeitungsprozess zu Missbrauch von Menschen in Kranken-, Psychiatrie- und Heilanstalten Österreichs.

FPÖ-Sozialsprecherin Dagmar Belakowitsch begrüßte die am Donnerstag vergangener Woche im Nationalrat beschlossenen Änderungen des Heimopferrentengesetzes: „Die Erweiterung des Opferkreises auf Personen, die in Kranken-, Psychiatrie- und Heilanstalten oder ähnlichen Einrichtungen ein vorsätzliches Gewaltdelikt erleiden mussten, etwa durch die zwanghafte Unterziehung der sogenannten ‚Malariatherapie‘, war dringend notwendig. Es ist unser aller Pflicht, dort, wo Menschen



Belakowitsch: Republik kommt der moralischen Verpflichtung nach.

Missbrauch erfahren rasch und effizient zu reagieren.“

Das treffe besonders für Wien zu, wo unter sozialistischer Führung bis in die späten 1970er-Jah-

re Kinderheime wie Kerker geführt worden seien. Die FPÖ komme daher der moralischen Verpflichtung nach, den Opfern eine entsprechende Rente zukommen zu lassen.

Familienbonus Plus – ein Erfolg der FPÖ

„Der Familienbonus Plus ist eine der bedeutendsten Entlastungsmaßnahmen für Familien der letzten Jahrzehnte und eine langjährige



Foto: Parlamentdirektion/Thomas Jantzen

Forderung der FPÖ, die endlich umgesetzt werden konnte“, erklärte der geschäftsführende FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus vor der Beschlussfassung am Mittwoch vergangener Woche im Nationalrat. Vor allem Familien mit geringen Einkommen werden davon mit bis 1.500 Euro Steuerersparnis pro Jahr profitieren. „Diese Initiative zeigt einmal mehr, welchen wichtigen Stellenwert die Familien unter der neuen Bundesregierung in Österreich einnehmen. Wir investieren in unsere Kinder und somit auch in unsere Zukunft“, betonte der FPÖ-Klubobmann.

Die FPÖ investiere in die heimischen Familien und nicht in Einwanderung. Es sei jedoch traurig, wie die Opposition aus Effekthascherei und ohne jegliche Logik versuche, dieses bedeutende Projekt schlechtzureden. Mitanzusehen, wie die FPÖ innerhalb kürzester Zeit das geschaffen hat, was der SPÖ in zehn Jahren nicht gelungen ist, müsse für SPÖ-Chef Christian Kern und seine Genossen wohl äußerst enttäuschend sein, bemerkte der FPÖ-Klubobmann: „Dass die SPÖ diesen Frust nun jedoch auf dem Rücken unserer Kinder austrägt, ist mehr als bedenklich.“

Anklage nicht fertig: Terrorverdächtige frei!

Weil die Staatsanwaltschaft Graz bummelt, sind von 14 Gefährdern bereits zehn enthaftet

Peinlicher geht es kaum noch: Weil die Staatsanwaltschaft Graz in eineinhalb Jahren keine Anklage zusammenbrachte, ließ das Oberlandesgericht fast alle der 14 im Jänner 2017 im Rahmen einer Razzia festgenommenen Terrorverdächtigen wieder aus der U-Haft frei.

Freitag letzter Woche wurde der Skandal publik: Neuerlich waren auf Weisung des Oberlandesgerichts Graz drei Terrorverdächtige entlassen worden. Wie OLG-Sprecherin Elisabeth Dieber gegenüber Medien erklärte, liege 17 Monate nach der Razzia noch immer keine Anklage vor, man habe die Staatsanwaltschaft mehrfach darauf hingewiesen. Bei U-Haft gelte ein besonderes Beschleunigungsgebot, man könne die drei ohne Anklage nicht länger festhalten, so Dieber.

Enthaftete weiter gefährlich

Elf Männer und drei Frauen wurden in der akkordierten Aktion am 26. Jänner 2017 gleichzeitig in Wien und Graz festgenommen, darunter auch zwei Salafisten-Predi-

ger, die schon monatelang observiert worden waren. 600 Polizisten waren an der in Privatwohnungen und Moscheevereinen stattfindenden Razzia beteiligt. Den Verdächtigen wird unter anderem vorgeworfen, mit dem IS sympathisiert zu haben.

Trotzdem wurden es immer weniger in U-Haft; nun sind es nur noch vier, darunter die Prediger. Wie Staatsanwaltschafts-Sprecher Hansjörg Bacher erklärte, warte man noch auf Gutachten und die Auswertung von Datenträgern.

Er betonte, dass man weiter ermittelte. „Das Gericht hat ja nicht gesagt, dass wir auf dem falschen Dampfer sind“, so Bacher. Wie auch Gerichtssprecherin Dieber bestätigte, bestünde weiterhin



Selektive Wahrnehmung des Gefährdungspotentials: Rasche Anklage gegen Identitäre, die gegen Islamisten aber wurde verschlafen.

„dringender Tatverdacht“ gegen die Beschuldigten, diese hätten nichts von ihrer Gefährlichkeit eingebüßt.

FPÖ-Sicherheitssprecher Walter Rosenkranz ist entsetzt: „Wie kann so etwas passieren? Handelt es sich um Schlampelei oder gar Absicht?“

Da hier zu Recht eine Verunsicherung in der Bevölkerung besteht, ist der Justizminister gefordert, hier aufklärend zu wirken, wie hoch die Gefährdungslage ist, beziehungsweise ob diese Personen untertauchen können.“

Kopftuch-Verbot im Kindergarten kommt

Die Bundesregierung will das angekündigte Kopftuchverbot in Kindergärten Realität werden lassen. Wie FPÖ-Chef und Vizekanzler HC Strache am vergangenen Sonntag angekündigt hat, soll mit den Bundesländern noch im Sommer eine sogenannte 15a-Vereinbarung abgeschlossen werden.

Der FPÖ-Chef verwies darauf, dass auch in der Türkei das Kopftuch lange Zeit an staatlichen Schulen allgemein verboten war. Bis zur fünften Schulstufe gelte dies sogar noch immer. „Das Kopftuch ist eindeutig ein Ausdruck des politischen Islam, dessen Einfluss wir in Österreich wieder zurückdrängen wollen und müssen. Wir dürfen nicht zulassen, dass junge Mädchen stigmatisiert und schon im Kindergarten sexualisiert werden“, argumentierte der Vizekanzler.

Unterstützung erhielt er dafür von FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus, der auf die „unhaltbaren Wiener Verhältnisse“ hinwies: „Gerade in Wien, wo der politische Islam immer wieder unglaubliche



Strache: Kopftuchverbot kommt.

Formen annimmt – man denke nur an die Affäre um Kriegsspiele mit Kindern in einer Moschee – ist es notwendig, entsprechende Maßnahmen zu setzen, um diese furchteinflößende Entwicklung aufzuhalten. Wir stellen so sicher, dass Kinder frei und ungezwungen aufwachsen und sich entwickeln können.“

Die ursprünglich angepeilte gesetzliche Regelung für die Schulen dürfte hingegen noch auf sich warten lassen. Die Islamische Glaubensgemeinschaft (IGGÖ) hat bereits angekündigt, „alle rechtlichen Mittel“ gegen ein Kopftuchverbot in Volksschulen und Kindergärten ausschöpfen zu wollen.

ASFINAG startet Pannestreifenfreigabe auf A4

Ab Mitte Juli startet die ASFINAG auf Initiative von FPÖ-Verkehrsminister Norbert Hofer ein innovatives Pilotprojekt: Die temporäre Freigabe des Pannestreifens bei Verkehrsüberlastung auf Autobahnen.

Als Teststrecke wurde die Ostautobahn (A4) auf knapp vier Kilometern in Fahrtrichtung Ungarn zwischen der Simmeringer Haide und dem Knoten Schwechat ausgewählt. Denn auf diesem Teilstück kommt es zu Stoßzeiten wie im Berufsverkehr permanent zu Staus.

„Die temporäre Freigabe des Pannestreifens ist eine international bewährte Antwort auf die aktuellen Herausforderungen durch das steigende Mobilitätsbedürfnis“, betonte Verkehrsminister Hofer bei der Präsentation des Projektes am Mittwoch letzter Woche gemeinsam mit ASFINAG-Vorstandsdirigentin Karin Zipperer (Bild). In Deutschland, den Niederlanden oder der Schweiz sei diese Maßnahme bereits erfolgreich eingeführt worden.

Anders als der Bau zusätzlicher Fahrspuren ist die Pannestreifen-Freigabe eine rasch umsetzbare und kostengünstige Maßnahme für mehr Verkehrsfluss und weniger Stau.

30 neue Kameras erfassen den gesamten Abschnitt. Zeichnet sich ein Stau ab, erfolgt die Überprüfung der Strecke durch das mobile Spezialteam der ASFINAG. Die Öffnung des Pannestreifens wird den Autofahrern auch an den elektronischen Überkopfwegweisern mit einem grünen Pfeil signalisiert. Wenn diese Anzeigen nicht aktiv sind, ist es auch nicht erlaubt, den Pannestreifen zu befahren.



Hofer präsentiert die Teststrecke.



Harald Vilimsky

Asyl: Rechtliche Änderungen notwendig

Warum in der EU so viel an der Asyl- und Migrationspolitik herumgedoktert wird und trotzdem keine befriedigenden Ergebnisse erzielt werden, ist vielen Menschen nicht leicht zu erklären. Die aktuelle Debatte verliert sich in Details wie „Ausschiffungszentren“, „fiktiver Nicht-Einreise“ oder „Rücküberweisungen“. Dabei will ein immer größerer Teil der Bevölkerung einfach nur eines: weniger Einwanderung.

Im Kern ist die Sache eigentlich einfach: Wir räumen derzeit jedem – egal, aus welchem Win-

kel der Welt er kommt – das Recht ein, einen Asylantrag zu stellen, sobald er es an die EU-Außengrenze oder weiter geschafft hat. Wir wissen gleichzeitig, dass diese Person mit hoher Wahrscheinlichkeit in der EU bleiben wird. Ziemlich unabhängig davon, ob dem Asylantrag stattgegeben wird oder nicht, weil es viel zu viele juristische Feinheiten gibt.

Wenn die rechtliche Lage nun einmal so migrationsfreundlich ist wie sie ist, dann bleibt nichts anderes übrig, als die Migranten von der EU-Außengrenze möglichst fernzuhalten. Was aber nur sehr eingeschränkt funktioniert.

Was sich bisher keiner so wirklich sagen traut: Wollen wir das Migrationsthema wirklich in den Griff bekommen, wird die EU sich mit Änderungen des Asylrechts auseinandersetzen müssen. Weg von dem ohnehin nicht einlösbaren moralischen Überlegenheitsanspruch hin zu einer strikteren Haltung im Interesse der europäischen Bevölkerung.

Lob für Ägypten zu Kampf gegen „illegale Migration“

Außenministerin Karin Kneissl hat vergangenen Freitag die Rolle Ägyptens zur Eindämmung der „illegalen Migration“ gelobt. „Österreich ist bewusst, welche Last das nordafrikanische Land diesbezüglich auf sich genommen hat“, sagte Kneissl bei einem gemeinsamen Pressegespräch mit ihrem ägyptischen Amtskollegen Sameh Shoukry in Wien (Bild).

Shoukry hatte zuvor erklärt, dass seit September 2016 kein Flüchtlingsboot die ägyptische Küste verlassen und sein Land bereits fünf Millionen Flüchtlinge aufgenommen habe. „Wir versuchen, diese Menschen, die viel durchgemacht haben, aufzunehmen und ihnen das Gefühl zu geben, bei uns zuhause zu sein“, erklärte der ägyptische Außenminister.

Generell müssten gemeinsame Lösungen gefunden werden, um nicht nur die Symptome, sondern die Ursachen der „illegalen Migration“ zu bekämpfen, betonte Shoukry: „Es liegt an uns allen“. Daher

müsse ein gegenseitiges Verständnis zwischen „Ursprungsländern, Transitländern und Zielländern entwickelt“ werden.

Shoukry setzt auch Hoffnung in Österreich, als aktuelles EU-Vorsitzland, sich für verstärkte Investitionen einzusetzen, um die Wirtschaftsreformen in Ägypten zu unterstützen. Kneissl erwiderte, dass Österreichs duale Lehrlingsausbildung für diese Weiterentwicklung von Ägyptens Wirtschaft von Interesse sein könnte.



Zusammenarbeit intensivieren.

Österreich will rasche Absichtserklärungen

Juncker spottet, aber Flüchtlingsstrom wächst überhand



Ungewohnter Arbeitseifer für Brüssels Eurokraten. Österreichs Ansätze für einen raschen Besuch der EU-Kommission in Wien erklärte, verspottete EU-Kommissionspräsident Juncker.

Österreichs Vorstoß zur Umsetzung der Absichtserklärungen vom letzten EU-Gipfel sorgt in Brüssel für Irritationen. Anscheinend ist man derartigen Eifer, wie er vom österreichischen Ratsvorsitz an den Tag gelegt wird, nicht gewohnt. Aber Eile ist geboten, denn die illegale Einwanderung nach Europa steigt – über neue Routen – wieder an.

So eitel Wonne, wie er zunächst vorgab, sind die Beziehungen zwischen der EU-Kommission und dem österreichischen Ratsvorsitz doch nicht. „Wäre ich Ratsvorsitzender, würde ich nicht so großspurig hier auftreten“, giftete EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker gegen die Ankündigung von Bundeskanzler Sebastian Kurz, dass die beim EU-Gipfel beschlossenen Änderungen in der Asyl- und Einwanderungspolitik noch während der österreichischen Ratspräsidentschaft auf den Weg gebracht werden. Juncker hatte auf dem Gipfel der „humanitäreren“ Vorgangsweise der deutschen Kanzlerin Angela Merkel den Vorzug gegeben.

Merkels Quotensystem zerbricht

Aber auch in Deutschland zeitigte die Absichtserklärungen Folgen, wie CSU-Innenminister Horst Seehofer bei seinem Blitzbesuch in Wien bestätigte. Denn das Quotensystem der Umverteilung – das Merkel über bilaterale Abkommen mit EU-Grenzländern fortsetzen

möchte – würde die Situation in der EU bei neuen Migrationskrisen, mit denen zu rechnen ist, weiter destabilisieren.

Um die Magnetwirkung Europas auf illegale Einwanderer auszuschalten, schlug Vizekanzler HC Strache vor, dass Migranten weder auf Anlandeplattformen in der EU noch in Drittstaaten Asylanträge



Schnelle Hilfe aus Österreich: Johann Schallinger überreicht humanitäre Hilfe an bosnische Behörden.

Die rasche Umsetzung der neuen Routen am Balkan und über Spanien an

den des EU-Gipfels



Die rasche Umsetzung der Asylwende, die Kanzler Sebastian Kurz beim EU-Gipfel in Brüssel als „großspurige“ Ankündigung.

stellen können sollen. Denn bisher würden nicht primär die am meisten Schutzbedürftigen nach Europa gelangen, sondern vor allem Menschen, die sich kriminelle Schlepper leisten können und sich stark genug für gefährliche Reisen fühlen.

Die Vorstellung, dass sich Europa wegen der „rückläufigen“ Asylwerberzahlen zurücklehnen kann, hat der Chef der europäischen Grenzschutzagentur Frontex, Fabrice Leggeri, am vergangenen Wochenende zerstört. Er hat vor einer Verschiebung der Flüchtlingsrou-

ten gewarnt. Statt von Libyen nach Italien überzusetzen, versuchten immer mehr, von Marokko nach Spanien zu gelangen.

Neue Einwanderungsrouten

Allein im Juni zählte Frontex rund 6.000 irreguläre Grenzübertritte aus Afrika nach Spanien. „Wenn die Zahlen dort so steigen wie zuletzt, wird sich dieser Weg zum wichtigsten entwickeln“, warnte Leggeri.

Auf dem Balkan stöhnt Bosnien-Herzegowina unter der wachsenden illegalen Einwanderung, die sich durch die Verlagerung der Balkanroute ergeben hat. Wegen der verstärkten Grenzkontrollen der Kroaten sind tausende Illegale rund um die Städte Velika Kladusa und Bihac im Nordwesten des Landes gestrandet.

Während aus der EU kaum Hilfe kommt, hat Österreich Anfang Juli sogenanntes „Shelter Equipment“ geliefert, das 56 winterfeste Familien-Zelte samt Ausstattung umfasst. Mit dieser Ausrüstung können bis zu 280 Personen untergebracht und versorgt werden.

Zumindest ein Tropfen auf den heißen Stein. Denn täglich überqueren dutzende Illegale die serbisch-bosnische Grenze, um über Kroatien in die EU zu gelangen.



Bezdeka übergab 56 winterfeste Zelte an den Assistenzminister Samir Rizvo.

KURZ UND BÜNDIG



Aus für Sommerzeit?

Bereits beim letzten EU-Verkehrsminister-Rat in Luxemburg unterstützte Norbert Hofer den Vorschlag seiner finnischen Kollegin Anne-Catherine Berne, europaweit auf die Zeitumstellung zu verzichten: „Der Wechsel in der EU sollte, wenn überhaupt noch, in einer einheitlichen Weise gemacht werden. Dies ist vor allem für das Funktionieren von Transport-Systemen wichtig“, betonte Hofer. Er verwies dazu auf zahlreiche Forschungsergebnisse, die klar nachteilige gesundheitliche Auswirkungen der halbjährlichen Zeitänderung belegen würden. Ebenso wisse man mittlerweile, dass auch die erhofften Energieeinsparungen nur geringfügig bemerkbar sind.

FPÖ-Forderung umgesetzt

„Es ist erfreulich, dass das EU-Parlament nun meiner Forderung nach einer angemessenen Entlohnung der Praktikanten folgt“, erklärte der FPÖ-Europaabgeordnete Franz Obermayr (Bild) auf die nun beschlossene Bezahlung in Höhe von 1.250 Euro. Bereits vor rund sechs Jahren habe er den damaligen Parlamentspräsidenten Martin Schulz darauf aufmerksam gemacht, dass die Ausbeutung von Praktikanten keineswegs mit den Werten dieser Institution einhergehen könne. Der damalige Präsident und spätere SPD-Kanzlerkandidat – „Mehr Gerechtigkeit für alle“ – habe jedoch keine Notwendigkeit zum Handeln gesehen.



Die Türkei wird zum Privatbesitz Erdogans

Recep Tayyip Erdogan zeigt auf, wohin und wie er die Türkei als allmächtiger Staatspräsident führen wird. Wenige Tage vor seiner erneuten Angelobung zum Staatspräsidenten hat er mehr als 18.500 Staatsbedienstete per Notstandsdekret entlassen. Darunter sind rund 9.000 Polizisten und mehr als 6.000 Armeeangehörige, aber auch Lehrer, Universitätsdozenten und Mitarbeiter verschiedener Ministerien.

Das geht aus dem am Sonntag im Amtsblatt veröffentlichten Präsidenten-Dekret hervor. Insgesamt werden durch den Gesetzestext 18.632 Staatsbedienstete entlassen, darunter auch rund 1.000 Angestellte des Justizministeriums und 650 Angestellte des Bildungsministeriums. Außerdem wurden zwölf Vereine, drei Zeitungen und ein Fernsehsender geschlossen.

Seit dem Putschversuch vom Juli 2016 hat Erdogan mehr als 180.000 Menschen wegen angeblicher „Unterstützung des Umsturzversuchs“

aus dem Staatsdienst entfernt.

Seit Erdogans Wahlsieg bereitet die Regierung den Übergang auf das neue System vor, werden die Befugnisse des bisherigen Ministerpräsidenten auf das Präsidentenamt übertragen. Erdogan ist ab sofort Staatsoberhaupt, Regierungschef, Oberbefehlshaber der Streitkräfte und Chef der Regierungspartei AKP in Personalunion. Er kann per Dekret regieren, Richter und Minister ernennen oder entlassen, ohne das Parlament zu fragen.



Erdogan baut „seinen“ Staat um.

TERMINE

12 Donaustädter Sommergespräche

Die FPÖ Donaustadt lädt am Donnerstag, dem 12. Juli 2018, zu ihrem Sommergespräch mit Bezirksparteiobmann Martin Graf ins Gasthaus „Goldener Hirsch“ (Hirschstettner Straße 83, 1220 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

12 Stammtisch Seniorenring Donautal

Der Seniorenring Donautal lädt am Donnerstag, dem 12. Juli 2018, zum Stammtisch ins Gasthaus Haidinger „Stampfen“ (Kössldorf 14, 4793 St. Roman). Beginn: 14.00 Uhr.

14 Sommernachtsfest in St. Florian/Inn

Die Innviertler FPÖ Ortsgruppe St. Florian am Inn lädt am Samstag, dem 14. Juli 2018, zu ihrem traditionellen Sommernachtsfest ins Gasthaus „Kurvenwirt“ (Gopperding 6, 4782 St. Florian am Inn). Wer in Tracht kommt, erhält ein Gratis-Getränk. Beginn: 19.00 Uhr. Bei Schlechtwetter findet das Sommernachtsfest eine Woche später, am 21. Juli 2018, statt.

19 Donaustädter Sommergespräche

Die FPÖ Donaustadt lädt am Donnerstag, dem 19. Juli 2018, zu ihrem Sommergespräch mit Nationalratsklubobmann Walter Rosenkranz ins Gasthaus „Goldener Hirsch“ (Hirschstettner Straße 83, 1220 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

20 Blaue Sommernacht in Wernberg

8. (B)LAUE SOMMERNACHT
20. JULI Beginn: 19.00 Uhr
 Gasthaus Dorfschenke
 Kaltschacher Straße 46 - 9241 Wernberg
 LIVE-MUSIK "Pfundfloschn Trio"
 Tombola mit tollen Sachpreisen
 Die Veranstaltung findet bei jeder Witterung statt.

LESER AM WORT

Welcher Rechtsstaat?

Wenn man die Klage der Staatsanwaltschaft gegen die Identitären anschaut, so fragt man sich, welches Parteibuch hat der zuständige Staatsanwalt? Es ist eine Schande für einen angeblichen Rechtsstaat mit Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit, wenn man politische Mitbewerber, die anderer Meinung sind, vor Gericht stellt - im Gegensatz zu gewissen linken Demonstranten (beim Akademikerball oder bei fast allen Veranstaltungen der FPÖ oder anderer bürgerlicher Parteien), die meist verummumt auf Bürger und Polizisten losgehen. Wenn aber die Identitären oder andere friedliche Bürger gewaltfrei demonstrieren, so wird daraus eine Staatsaffäre konstruiert, und Gerichte werden wochenlang mit solchen Politprozessen blockiert.

Stephan Pestitschek, Strasshof



es den Zwölf-Stunden-Tag schon lange, deshalb ist der Widerstand der SPÖ verlogen, da sie verhindern wollen, was es in ihrer Regierungszeit schon lange gibt und dies ohne Schutz für die Arbeitnehmer.

Armin Schütz, via E-Mail

Nervige Genossen

Ehrlich gesagt, kann ich die ganze nervende Diskussion rund um den Zwölf-Stunden-Tag schon gar nicht mehr hören. (...) Und es liegt zum anderen daran, dass sowohl die Opposition (allen voran die SPÖ) als auch die Sozialpartner mit haarsträubenden Falschbehauptungen nur so um sich werfen, nur um „Protest!“ rufen zu können. Der Zwölf-Stunden-Tag kommt. Ja. Aber weder täglich, noch wöchentlich, noch uneingeschränkt. Über den Punkt mit der „Freiwilligkeit“ muss man aber sehr wohl diskutieren. Eigentlich muss diese Freiwilligkeit nicht nur als Wort im Gesetz vorkommen. Sie muss schriftlich festgehalten und dadurch per Gesetz gewährleistet werden, dass den Bediensteten keinerlei Nachteile entstehen dürfen.

Christian Stafflinger, Linz

Linke Gewalt

Pflastersteine und Grablichter – von wem auch immer – vor die Fenster oder Türen von Parlamentsmitgliedern zu deponieren,

SPÖ gegen Realität

In vielen Branchen wie Pflege, Exekutive oder Metallindustrie gibt

ist mehr als verwerflich. Es ist einer funktionierenden Demokratie unwürdig, egal zu welchem Thema. Diese Methoden erinnern an längst vergangene Zeiten, eine traurige Entwicklung dieser Protestierer.

Alois Neudorfer, Vöcklabruck



Arme Verbrecher?

2016 hat in der Justizanstalt Wien-Josefstadt ein algerischer In-sasse in einer Vier-Mann-Zelle Feuer gelegt. Nun einer der damals verletzten Inhaftierten die Republik Österreich klagt. Ich es ungeheuerlich, dass die Steuerzahler einerseits für diese Verbrecher in von uns finanzierten Haftanstalten aufkommen müssen, und dann andererseits auch noch die Schäden bezahlen müssen, die Verbrecher dort anrichten, und dann noch andere Verbrecher hergehen und die Republik, sprich uns Steuerzahler, deswegen klagen.

Stefan Scharl, Klosterneuburg

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue **Freie** Zeitung

BESTELLSCHHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
 Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
 E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

Halbjahrespreis € 15,-
 Jahrespreis € 30,-
 Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
 Auslandsjahresbezug € 73,-
 Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird. Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
 Bestellungen auch per E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
 (Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
 (Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**:

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.
 ** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



Skandalkrankenhaus ist weiterhin Endlosbaustelle

Lokalausweis beweist Bauverzug und Missstände im Skandalbau

Vergangene Woche besichtigten die Mitglieder der Untersuchungskommission des Wiener Landtags die Dauerbaustelle Krankenhaus Nord. Selbst die gezeigten ausgewählten Räumlichkeiten lassen erahnen, dass eine Eröffnung nicht in Sicht ist.

Die Abgeordneten wurden von der zukünftigen Führung des Spitals – die laut FPÖ-Gesundheits-sprecher Wolfgang Seidl einen sehr kompetenten Eindruck hinterlassen hat – durch die Räumlichkeiten geführt. „Bedauerlicherweise ist nicht abzusehen, wann der Krankenhaus-Riese tatsächlich den Vollbetrieb aufnehmen wird und die Experten ihre Aufgabe als Führungskollegium wahrnehmen können“, lautete Seidls Resümee.

Außen hui, innen pfui

Die neu gewonnenen Erkenntnisse bestätigten aber alle Befürchtungen,



Dauerbaustelle KH Nord: Was kommt auf die Steuerzahler zu?

gen, wonach die Baustelle einem Chaos gleiche: „Zwar ist das Gebäude beeindruckend und die Gärten und Grünflächen sehr gepflegt. Das alles kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich im Inneren nach wie vor um eine gigantische Baustelle handelt.“

Dass hier im Juni 2019 die ersten Patienten behandelt werden sollen, sei unvorstellbar, zeigte sich Seidl besorgt über den Zeitplan

der Fertigstellung des Spitals. Interessant werde dann sein, wieviel Steuergeld dieser Monsterbau am Ende verschlungen hat. „Nach diesem Besuch der Baustelle befürchte ich, dass wir ab Mitte nächsten Jahres wieder einen neuen Gesundheitsstadtrat bekommen werden. SPÖ-Bürgermeister Michael Ludwig wäre dann gut beraten, nicht wieder einen glücklosen Sozialisten zu ernennen“, bemerkte Seidl.

Kopftuchverbot für Lehrerinnen

Nachdem die langjährige Forderung der Freiheitlichen Jugend nach einem Kopftuchverbot für Schülerinnen von der türkis-blauen Bundesregierung auf den Weg gebracht wird, kann sich Bildungsminister Heinz Faßmann (ÖVP) nun auch ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen vorstellen.

„Das Kopftuchverbot auf Lehrerinnen auszuweiten, ist ein wichtiger Schritt für den schulischen Integrationsbereich“, zeigte sich der Bundesobmann der Freiheitlichen Jugend Österreich, Wiens FPÖ-Stadtrat Maximilian Krauss, erfreut über Faßmanns Vorstoß.

„Lehrerinnen haben eine enorm wichtige Vorbildwirkung. Durch

die Loslösung von religiösen Zwängen wäre es ihnen leichter möglich, jungen Mädchen und Frauen die Integration in unsere aufgeklärte westliche Wertegemeinschaft vorzuleben“, betonte Krauss.

Die Ausweitung des Kopftuchverbots auf weibliches Lehrpersonal hätte so einen entscheidenden positiven Effekt und würde die individuelle Entfaltung und persönliche Entwicklung von Frauen und Mädchen fördern, erklärte der FPÖ-Stadtrat: „Diese Vorgehensweise würde auch die Trennung von Religion und Staat unterstreichen, so wie es in unserer Republik vorgesehen ist.“



Krauss fordert Kopftuchverbot für Lehrerinnen.

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



Plant Vassilakou neue Staustelle?

Medienberichten zufolge plant die rot-grüne Stadtregierung in einer Salamitaktik eine dauerhafte Verengung der Wiener Südausfahrt: Bis die U-Bahn-Baustelle fertig ist, hätten sich die Lenker bereits an Staus und Einschränkungen gewöhnt, dann könne man die Spuren gleich ganz kappen. Demnach sollen nach Abschluss der U-Bahn-Arbeiten auf und rund um den Matzleinsdorfer Platz Fahrspuren und Abbiegestreifen wegfallen und die 26.000 Autos pro Tag im Stau stehen.

„Die Einschränkung würde erneut die Wiener Autofahrer treffen, die ohnedies das Feindbild der zuständigen Verkehrsstadträtin Maria Vassilakou sind“, empörte sich der Verkehrssprecher der FPÖ-Wien, Klubobmann Toni Mahdalik. Laut Planung sollen im Zuge des U-Bahn-Baus mehrere Spuren dauerhaft gekappt werden, was zu kilometerlangen Staus an Wiens wichtigster Stadtausfahrt Richtung Süden führen wird.

Damit bestätige sich einmal mehr die Aussage des ehemaligen Wiener Verkehrsplaners Hermann Knoflacher, wonach man jahrelang bewusst Staus produziert habe. „Das permanente Ausspielen verschiedener Verkehrsteilnehmer gegeneinander scheint der zuständigen Stadträtin offensichtlich Spaß machen“, kritisierte Mahdalik. Ganz gleich, welchen Plan Vassilakou zur Verkehrsberuhigung vorlege, Leidtragende seien immer die Autofahrer. „Damit muss umgehend Schluss sein“, fordert Mahdalik.

VORARLBERG



ÖGB-Lügenmärchen

Als „unverfroren und widerwärtig“ bezeichnete der freiheitliche Bundesrat Christoph Längle, dass Vorarlbergs ÖGB-Landeschef Norbert Loacker behauptete, die Bundesregierung würde den gesetzlichen Mindesturlaub von fünf auf vier Wochen kürzen wollen: „Dass er es dabei auch noch schafft, solche Lügenmärchen aufzutischen, ohne rot zu werden, ist ein Armutszeugnis sondergleichen.“ Die SPÖ und ihre Arbeitnehmervertreter versuchten jede Woche aufs Neue, die Bevölkerung mit Falschinformationen zu verunsichern.

STEIERMARK



Erfolg für Kapfenberg

Als „großartigen Erfolg für Kapfenberg“ bezeichnete der steirische FPÖ-Abgeordnete Hannes Amesbauer die Zusage von Sportminister HC Strache, Bundesmittel für eine umfassende Sanierung der Kapfenberger Eis- und Mehrzweckhalle freizugeben: „Die SPÖ-Vorgänger haben das in Jahren nicht zustande gebracht.“



H. Amesbauer

Foto: FPÖ Steiermark

OBERÖSTERREICH



Tägliche Turnstunde

„Die tägliche Turnstunde ist eine jahrelange freiheitliche Forderung. Deshalb setzen wir uns auch weiterhin dafür ein, dass die Maßnahme ausgeweitet werden kann“, betonte der freiheitliche Gesundheitssprecher Walter Ratt im Zuge der letztwöchigen Debatte im Oö. Landtag. Er wies dazu auf das Regierungsprogramm hin, das eine effektive und praktikable Lösung für mehr Sport und Bewegung an Schulen beinhaltet. Oberösterreich sei nach dem Burgenland das zweite Bundesland mit einem flächendeckenden Angebot dazu. Insgesamt seien mittlerweile 612 Klassen an der Aktion beteiligt, erklärte Ratt und wies auf eine Studie aus dem Jahr 2014 hin, wonach allein durch genügend Bewegung und Sport österreichweit 2,1 Milliarden Euro an Gesundheitskosten eingespart werden könnten.

FPÖ-Landesrat Waldhäusl: „Asylkonzept mit Hausverstand!“

100-Tage-Bilanz und Ausblick auf Neuerungen im Asylwesen

Seit 100 Tagen ist Gottfried Waldhäusl als Landesrat im Amt. Jetzt zog er Bilanz und präsentierte seine Vorschläge für Verbesserungen im Asylwesen.

Die von Waldhäusl angeordneten Schwerpunktkontrollen brachten ans Tageslicht, dass 403 Personen, die sich nach Ablehnung ihres Asylantrages nicht mehr in Niederösterreich aufhalten dürften, monatlich 221.000 Euro aus der Grundversorgung kassierten.

Reform im Asylwesen

Jetzt ist damit Schluss. Die Rückkehrverweigerer wurden in Bundesquartiere übersiedelt, wo sie eine entsprechende Rückkehrberatung in Anspruch nehmen und in der Folge in ihre Heimat zurückkehren. Durch diese Maßnahmen können jährlich 2,5 Millionen Euro eingespart werden.

Im Sommer soll nun ein „Asyl-

NIEDERÖSTERREICH



Foto: FPÖ Niederösterreich

Gottfried Waldhäusl plant ein „Asylkonzept mit Hausverstand“.

konzept mit Hausverstand“ erarbeitet werden. Dabei will Waldhäusl auch die Quartiergeber in die Pflicht nehmen: „Niemand hat ein Recht auf die Unterbringung von Asylwerbern, und die Wirtschaftlichkeit darf keinesfalls im Vorder-

grund stehen.“ Ab 2019 wird von den Asylwerbern Eigenverantwortung eingefordert: Die Bewohner sollen bei der Reinigung, in der Küche und bei Integrationsmaßnahmen mithelfen. Ein Pilotprojekt startet im Herbst in Greifenstein.

KÄRNTEN



Die Heuchelei der SPÖ

Mittels Dringlichkeitsantrag forderte die FPÖ im Kärntner Landtag, die Schlechterstellung der Kärntner Landesbediensteten gegenüber anderen österreichischen Arbeitnehmern zu beenden. „Die Ablehnung unseres Antrages durch die SPÖ ist ein weiterer Beweis für die Unglaubwürdigkeit und



Foto: NFZ

Darmann: Heuchelei der Kärntner SPÖ zur Arbeitszeitreform.

Heuchelei der Partei beim Thema Arbeitszeitreform. Denn unter SPÖ-Verantwortung gilt im Kärntner Landesdienst und in den Gemeinden ein 13-Stunden-Tag. Überstunden sind auf Anordnung des Dienstgebers zu erbringen und primär in Freizeit auszugleichen“, zeigte Kärntens FPÖ-Klubobmann Gernot Darmann auf.

Im FPÖ-Antrag wurde die rot-schwarze Landesregierung aufgefordert, analog zu der im Nationalrat beschlossenen Bundesregelung auch im Kärntner Landesdienst das Prinzip der Freiwilligkeit bei der Leistung von Überstunden und ein Wahlrecht hinsichtlich der Abgeltung der Überstunden einzuführen.

„An den unfassbaren Drohungen mit Pflastersteinen und Grablichtern sieht man, dass der SPÖ und den Gewerkschaften jedes Mittel Recht ist, um die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen vorzuhecheln“, bemerkte Darmann.

OBERÖSTERREICH



„Heimat“ zählt für die Menschen

„Den Menschen ist unsere Heimat ein Anliegen. Das zeigen die vielen positiven Rückmeldungen, die wir auf die laufende Kampagne erhalten“, betonte der Landesparteiobmann der FPÖ Oberösterreich, Manfred Haimbuchner. Für die Oberösterreicher habe Heimat zu Recht auch mit Brauchtum und Tradition zu tun, die es zu erhalten gelte. Sie würden aber auch die mangelnde Identifikation von Einwanderern in den vorhandenen Parallelgesellschaften kritisieren und den von der Bundesregierung eingeschlagenen Kurswechsel in der Integrationspolitik befürworten.

SALZBURG 



Foto: flick.com/FPÖ - UK Department for International Development

FPÖ will wissen, ob es an Salzburgs Schulen zu Auswirkungen infolge des Ramadan bei Schülern kam.

Gefahr für Kindeswohl durch religiöse Rituale

Soziallandesrat Schellhorn blieb eine Vielzahl an Antworten schuldig

Laut Sozialbericht des Landes Salzburg kommt es seltener zu Kindesabnahmen, trotz steigender Meldungen über mögliche Gefährdungen.

Für umfassendes Staunen sorgte der grüne Soziallandesrat Heinrich Schellhorn nach seiner Präsentation des Soziallandesberichtes aus dem Jahr 2017. So soll es – trotz vermehrter Meldungen – im letzten Jahr zu weitaus weniger Kindesabnahmen gekommen sein. Einschreiten würde das Sozialamt schließlich erst, wenn „Gefahr im Verzug“ bestehe.

„Schuldig geblieben ist Schellhorn die Antwort, was er konkret darunter versteht“, kritisiert FPÖ-Klubobfrau Marlene Svazek.

Ramadan-Gebot für Schüler?

Die Freiheitlichen haben diesbezüglich eine schriftliche Anfrage eingereicht, die sich unter anderem mit der Gefährdung des Kindeswohls durch religiöse Rituale auseinandersetzt. Konkret definiert wird hierbei der Fastenmonat Ramadan, in dem auch – laut der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich – sich in der Entwicklung befindende Kinder praktizie-

render Moslems angehalten sind, das Fastenritual zu begehen.

„Die negativen Auswirkungen exzessiven Fastens sind hinlänglich bekannt. Neben Kopfschmerzen, Müdigkeit und Schwächegefühle sind auch Beeinträchtigungen auf die Konzentration oder die körperliche Entwicklung von Schülern erheblich“, führt Svazek aus.

Darüber hinaus wollen die Freiheitlichen erfahren, wie der verantwortliche Landesrat reagiert, wenn im Jugendamt des Bundeslandes Salzburg eine Meldung über eine dementsprechende Gefährdung des Kindeswohls eingeht.



Marlene Svazek
FPÖ-Landesparteiobfrau Salzburg

LÄNDER-
SACHE

Oft sind es ja gerade die leidenschaftlichen Debatten, die dann den berühmten Stein ins Rollen bringen. Als elementarer Bestandteil eines sinnvollen Dialogs.

Kein Stein der Weisen

Doch in die frühe Steinzeit des politischen Diskurses fühlte man sich in der vergangenen Woche versetzt. Als wir am Morgen des 5. Juli Zeugen gefährlicher Drohgebärden einer Nacht- und Nebelaktion wurden: Nicht in Form einer konstruktiven, verbalen Auseinandersetzung, keiner Diskussion. Nein, mit Hilfe von Pflastersteinen.

Denn während ein Ziegelstein als Symbol der Produktivität sowie als Sinnbild des Schaffens eines gemeinsamen Heimes verstanden werden könne, stammt der Pflasterstein hingegen – im Kontext linker Agitation – aus einer Tradition aggressiver und brutaler Renitenz.

So wurden schließlich einige Privat- und Geschäftsadressen unserer Salzburger Abgeordneten heimgesucht und diese mit Grablichtern, bemalten Schildern und eben jenen Pflastersteinen versehen, über deren Aussagekraft und Symbolik sich seit den Chaostagen und linken Protestfestivitäten mit Personenschaden auch nicht mehr streiten lässt.

Ja, und das ist jenes Resultat linker Propagandisten, deren Kernkompetenz die Verbreitung nebulöser Sachverhalte darstellt.

Uns bleibt jedenfalls nur zu hoffen, dass diese orientierungslose, rote Parlamentsfraktion samt ihrer havarierten Satellitenvereine in den kommenden Jahren nicht mehr von „Silbersteinen“ überrollt wird, sondern endlich den „Stein der Weisen“ findet.

Aus für Olympia 2026

Das Österreichische Olympische Komitee (ÖOC) hat sein Vorhaben, sich mit Graz/Schladming um die Ausrichtung der Winterspiele 2026 zu bewerben, beendet, weil es zu wenig Unterstützung vom Land Steiermark für die Bewerbung gegeben habe.

„Ich akzeptiere natürlich die Entscheidung des ÖOC und werde noch mit Präsident Karl Stoss über den Entschluss sprechen. Es ist schade für den Sport und das Land Steiermark, aber ich habe immer gesagt, dass in erster Linie

das Land und das ÖOC hinter der Bewerbung stehen müssen“, reagierte Sportminister HC Strache enttäuscht.

Der Verteidigungsminister und Obmann der FPÖ Steiermark, Mario Kunasek, bedauert den Rückzug der Kandidatur für die Olympischen Winterspiele 2026: „Schade, dass die Entscheidung auf diese Weise zustande kam. Die Steirische FPÖ hätte einen verbindlichen Volksentscheid begrüßt. Die Steiermark hätte gute Rahmenbedingungen für die Spiele geboten.“

STEIERMARK 



Kunasek hätte Volksentscheid zu Olympia 2026 begrüßt.

Foto: bundesheer

GEZWITSCHER



Angelika Prestros

@APrestros



Gestern fiel eine ganze Horde Trolle über mich her, die mir vorwarf, ich hätte keinen Humor, weil ich die Causa #Pflasterstein partout nicht lustig fand. Heute ermittelt die Staatsanwaltschaft. Die hat offensichtlich auch nicht mehr Humor als ich. #Grablicht

09.07.18 05:37

Den makabren "Humor" der Genossen fanden nur wenige lustig.

gedankendelikt

@gedanken_delikt



interessant in dem Zusammenhang ist, dass auf @derStandard.at sogar schon postings zur aktion #pflasterstein und #grablicht gelöscht, also zensuriert werden. megapeinlich

07.07.18 01:07

Ja, so friedlich, wie die Antifa in den Medien dargestellt wird, so gebärdet sie sich in der Realität nicht.

WHATSAPP



Advertisement for FPÖ with headline 'Völlig irre! Die rote Lügenpropaganda wird fortgesetzt!' and 'SPÖ behauptet: Fünfte Urlaubswoche wird gestrichen!' vs 'Fakt ist: Fünfte Urlaubswoche bleibt natürlich erhalten!'.

GEFÄLLT MIR



HC Strache

09.07.2018

Das nächste freiheitliche Wahlversprechen findet seine Umsetzung.



Strache zieht Kopftuch-Verbot durch. Statt im Parlament per Zweidrittelmehrheit soll Kopftuchverbot nun mit Länder-Ja kommen.

09:24 AT

3.302 Personen gefällt das.

Nach Jahren des rot-schwarzen Stillstands rollt jetzt der türkis-blaue Reformzug. Im Sinne der Integration wird jetzt auch das Symbol despolitischen Islam verboten.

Der „Kurier“ heißt Italiens Innenminister einen „Rassisten“

Nach der FPÖ hat der „Kurier“ jetzt auch die Lega Nord im Visier

Gnadenlos hält der „Kurier“ an der „Willkommenspolitik“ fest und geißelt die Wende in der Asylpolitik als das Werk von „Rassisten“ und „Hetzern“.

Weil Italiens Innenminister Matteo Salvini das tut, wofür ihn die Italiener gewählt haben, nämlich die illegale Einwanderung einzudämmen, zieht er sich den Gutmenschenzorn des „Kurier“ zu.

Allein gegen Italien

„Matteo Salvini: Ein Rassist außer Rand und Band“, schlagzeilte das Blatt, das anscheinend den „Falter“ links überholen will, vergangenen Montag. Denn Salvini wage es, jedes rechtliche Mittel auszuschöpfen, um die illegale Einwanderung zu stoppen.

Ein Rassist außer Rand und Band

Italien. Innenminister der rechten Lega dominiert Regierung und Medien – er will 30 Jahre ohne Opposition regieren

Autoren: IRMENE MATER-RIJAN

„Ich bin bereit, ab morgen Grenzkontrollen am Brenner durchzuführen“, erklärte Innenminister Matteo Salvini. Italien könne davon profitieren, damit es weiterhin mehr Personen nach Italien zurückkehren als nach Österreich...



Facebook und kommentiert: „Was für ein Vergleichen, in dem konfrontierten Pool des Maßstabes zu schwimmen.“ Während Salvini in der Toskana seine Pool-Show abgibt, stellen Arbeitsminister Luigi Di Maio und Premier Giuseppe Conte in Rom von Maßnahmenpaket zur Bekämpfung prekärer Arbeitsituation vor. Diese sieht unter anderem Einschränkungen für befristete Arbeitsverträge sowie höhere Entschädigungen für ungerecht entlassene Mitarbeiter vor. Außerdem wird Italien als erstes EU-Land die Werbung für Glücksspiele verbieten. „Wir sagen Schluss zur Werbung für Glücksspiele, die viele Familien in den Ruin treiben“, erklärte fünf Sterne-Chef Di Maio. Der 31-jährige Neapolitaner bezieht sich, die Außenministerin Di Maio mehr auf sein Schicksal, die Einführung einer Mindestlohnsteuer, zu beziehen.

Der „Kurier“ wirbt für gute nachbarschaftliche Beziehungen...

Chefredakteur Helmut Brandstätter erklärt das so: „Ein Rassist wie Salvini muss auch so genannt werden, seine Methoden müssen in Europa, wo so viel von ‚unseren‘ Werten gesprochen wird, verurteilt werden.“

Damit dürfte er aber bei den Italiern nicht gut ankommen. Einer jüngsten Umfrage zufolge halten

72 Prozent der Italiener die kompromisslose Linie Salvinis in der Ausländerpolitik für richtig.

Heute, knapp vier Monate nach der Wahl, würden Umfragen zufolge nicht mehr 17,6 sondern bereits rund 30 Prozent der Italiener der Lega Nord und damit Salvini ihre Stimme geben. Aber interessiert der Wählerwille den „Kurier“?

FPÖ IN DEN MEDIEN

Graz bleibt Beamtenhochburg, vermeldet die „Kleine Zeitung“. Denn die rot-schwarze Machtkonzentrationskoalition verweigert in der Beantwortung einer Anfrage der

Small article snippet: Land lagert keine Abteilung in Regionen aus. Graz bleibt Beamtenhochburg, vermeldet die „Kleine Zeitung“.

FPÖ die Absiedelung von Landesinrichtungen aus Graz.

FPÖ-Klubobmann Stefan Hermann bedauert, dass Rot-Schwarz an der Aufwertung des ländlichen Raums und dem Stopp der „Landflucht“ nicht interessiert ist.

Vizekanzler HC Strache will das Kopftuchverbot in Kindergärten auf Schiene bringen, mit

Small article snippet: Kopftuch-Verbot auch für Lehrerinnen. Strache will Verbot für Kinder: SP-Länder legen sich quer.

tels einer 15a-Vereinbarung mit den Bundesländern, meldet „Österreich“. Nur die SPÖ-Chefs in Kärnten und dem Burgenland legen sich quer, weil es in ihren Ländern keine derartigen Vorfälle gebe. Vielleicht sollte der Vizekanzler die beiden einmal nach Wien einladen?

Large advertisement for FPÖ with headline 'JETZT NEU HC Strache und die FPÖ auf Instagram' and social media links.

Neues Ausbildungszentrum für nordischen Nachwuchs

Vizekanzler und Sportminister HC Strache und Verteidigungsminister Mario Kunasek setzten den Spatenstich für das neue Nordische Ausbildungszentrum im steirischen Eisenerz (NAZ). Das Sportministerium wird mit 1,7 Millionen Euro die Neuerrichtung der Unterbringung für die 60 Schüler, den Schießkanal, Kleinsporthalle,

Krafttrainingsraum und Gymnastikraum sicherstellen.

„Karriere mit Lehre/Matura und Spitzensport“ – diesem Credo ist man in Eisenerz seit 36 Jahren verpflichtet und wurde so eine der wichtigsten Kaderschmieden für den nordischen Sport in Österreich. 31 Medaillen bei Olympia und Weltmeisterschaften belegen das.



HC Strache (2.v.r.) und Mario Kunasek (l.) nahmen den symbolischen Spatenstich für das neue Leistungszentrum in Eisenerz vor.

Motorrad-Sternfahrt für einen guten Zweck

Im Zuge ihres Sommerfestes veranstaltete die FPÖ Herzogenburg eine Benefiz-Ausfahrt, an der mehr als 100 Motorradfahrer teilnahmen. Statt einem Nenngeld wurde um freiwillige Spenden für den Verein „Licht für Kinder“ gebeten. Damit konnten über 1.500 Euro gesammelt werden. „Diese hervorragende Veranstaltung zeigt einmal mehr

das große Herz der Freiheitlichen, wenn es darum geht, Menschen in Not zu helfen“ zeigten sich FPÖ-Landtagsabgeordneter Erich Königsberger und FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker begeistert. „Licht für Kinder“ ist ein gemeinnütziger Verein, der kranken, behinderten und benachteiligten Kindern Wünsche erfüllt.



Erich Königsberger (Bildmitte) und Christian Hafenecker (2.v.r. stehend) applaudierten den spendablen Motorradfahrern.



Abgeordneter Peter Gerster (Bildmitte) mit Weinkönigin Julia I. und den Gastgebern der FPÖ Traiskirchen.

49. Traiskirchner Weinfest mit reger FPÖ-Teilnahme

Auch heuer war die Traiskirchner FPÖ mit einer großen Abordnung bei der Eröffnung des bereits 49. Traiskirchner Weinfestes dabei. Der Einladung der Ortsgruppe folgte auch Nationalratsabgeordneter Peter Gerstner.

„Das Traiskirchner Weinfest hat Tradition in unserer Stadt und wird von der Bevölkerung angenom-

men, wie der alljährliche Besuch zeigt. Ich wünsche den Weinbauern und Betrieben gutes Gelingen und der Besuchern gute Unterhaltung“, erklärte Klubobmann Reinhard Langthaler. Stadtparteiobmann Anton Lojowski schloss sich dem an und warb um rege Teilnahme, denn schließlich würden die Besucher auch kulinarisch verwöhnt.



INFORMIERT

Donaustädter Sommergespräche 2018

Juli und August, immer am Donnerstag von 19 bis 21 Uhr.
GH Goldener Hirsch, Hirschstettner Straße 83, 1220 Wien.

- Do 12.7. Bezirksparteiobmann NAbg. Dr. Martin GRAF
- Do 19.7. Klubobmann NAbg. Dr. Walter ROSENKRANZ
- Do 26.7. LAbg. Udo GUGGENBICHLER, MSC und LAbg. Karl BARON
- Do 2.8. NAbg. Petra STEGER
- Do 9.8. ab 17:30 Uhr Bundesministerin Dr. Karin KNEISSL
ab 19:00 Uhr NAbg. Mag. Roman HAIDER
- Do 16.8. Bundesministerin Mag. Beate HARTINGER-KLEIN
- Do 23.8. Klubobmann NAbg. Mag. Johann GUDENUS, M.A.I.S
- Do 30.8. Bundesminister Mario KUNASEK

Moderation: LAbg. GR Angela Schütz (angela.schuetz@fpoe.at)

Die Mannschaft der Donaustädter Freiheitlichen freut sich auf Dein/Ihr Kommen!

NAbg. Dr. Martin Graf
Bezirksparteiobmann

KO Toni Mahdalik
geschäftsführender Bez. PO

Wir weisen Sie darauf hin, dass auf diesen Veranstaltungen gefilmt und fotografiert wird.

Aufnahmen werden im Anschluss von der Freiheitlichen Partei Österreichs verarbeitet und im Internet (insbesondere auf den Internetauftritten des Verantwortlichen und in Sozialen Medien wie Facebook) oder aber auch als Live Stream veröffentlicht. Mit der Teilnahme an diesen Veranstaltungen nehmen Sie zur Kenntnis und erklären sich einverstanden, dass Aufnahmen von Ihnen verarbeitet und veröffentlicht werden.

Soweit sich aus den Bildnissen Hinweise auf die ethnische Herkunft, Religion oder Gesundheit des Mitarbeiters ergeben (z.B. Hautfarbe, Kopfbedeckung, Brille, Art 9 DSGVO), bezieht sich dessen Einwilligung auch auf diese Angaben. Weitere Informationen finden Sie unter: www.fpoe.at/datenschutz

fPöWienDonaustadt

twitter.com/FPöeDonaustadt

donaustadt.fpoe-wien.at

Impressum: Herausgeber, Medieninhaber: FPÖ Donaustadt, Konstanziagasse 31, 1220 Wien



Sommer, Sonne, Ferien!

Gute Erholung wünscht euch

HC Strache

Heinz-Christian Strache
Vizekanzler, FPÖ-Obmann



Freiheitliches Bildungsinstitut AKTUELL

Outdoor-Seminar der Jungen Akademie

... und die Fähigkeit gemeinsam an Lösungen zu arbeiten



Ende Juni trafen sich die Absolventen der Jungen Akademie aus allen Bundesländern zu einem Outdoor-Teambuilding-Seminar in Gosau.

Auf dem Programm standen unter anderem Wildwasser-Rafting, eine Mountainbike-Tour und Canyoning – Herausforderungen, die alle Teilnehmer bravourös meisterten.

„Schön war zu sehen, wie sich die jungen Menschen gegenseitig halfen, Hindernisse zu überwinden und sich in schwierigen Situationen aufeinander verlassen konnten. Unsere gemeinsamen Aktivitäten sollen nicht nur die Persönlichkeit und den Charakter des Einzelnen stärken, sondern auch die Fähigkeit gemeinsam an Lösungen zu arbeiten und schwierige Situationen in vertrauensvoller Zusammenarbeit zu meistern. Genau das zeichnet unsere Jungpolitiker aus“, so Lehrgangleiter Dietmar Heuritsch.



Mit dem Ausbildungsprogramm der Jungen Akademie bereitet das Freiheitliche Bildungsinstitut Nachwuchskräfte der FPÖ aus ganz Österreich im Rahmen einer mehrsemestrigen Ausbildung auf künftige Aufgabenbereiche in den Ortsgruppen, Gemeinderäten, Landtagen, Ministerbüros und im Nationalrat bestmöglich vor. Neben der fachlichen Ausbildung wird ein Schwerpunkt auf Teambuilding, Zusammenhalt und Kontakt- und Freundschaftspflege gelegt.